

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 56 (1977)
Heft: 1

Artikel: Sind Forderungen noch statthaft?
Autor: Iseli, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339293>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sind Forderungen noch statthaft?

Zu *Richard Lienhard*: «Kooperation oder Konfrontation?» («Profil» 11/1976)

Von Bürgerlichen wie von Sozialdemokraten wird der Parteitag 1976 im schweizerischen Blätterwald wegen seiner Zustimmung zur Poch-Initiative für die 40-Stunden-Woche scharf kritisiert. Es wird die Meinung verbreitet, der Parteitag sei nicht repräsentativ gewesen. R. Lienhard zitiert Günther Nenning: «Der Kapitalismus ist durch Konfrontation nicht umzubringen». Warum aber will das nicht in die Köpfe der jungen Linken? Nenning: «Weil sie etwas Romantisches will.»

Dazu folgendes:

Für die ändern Beschlüsse die der Parteitag gefasst hat, war er wahrscheinlich repräsentativ. Wenigstens liest man da keine gegenteiligen Kommentare. Warum soll er nur gerade bei der Poch-Initiative nicht repräsentativ gewesen sein? Ich selbst bin froh, dass unsere Partei endlich viele junge Leute aktiv in ihren Reihen hat. Wenn diese nun an einen Parteitag geschickt werden, darf man da ohne weiteres sagen, der Parteitag sei nicht repräsentativ? Wäre die Zusammensetzung besser und würde die Struktur besser mit der Mitgliedschaft übereinstimmen, wenn viele alte Parteigenossen am Parteitag teilgenommen hätten? Sind wir doch froh, dass viele Junge den Weg zu uns gefunden haben. Ich glaube dazu noch, dass die Jungen für die Zukunft wohl repräsentativer sind als die Alten. Übrigens waren unsere alten verdienten Genossen auch einmal jung; deswegen hatte man damals nie gesagt, ein Parteitag sei deswegen nicht repräsentativ. Dass unsere Genossen sich da mit den Bürgerlichen im gleichen Boot befinden, macht die Sache nicht besser.

Ich war am Parteitag in Luzern. Damals wurde die Landesring-Initiative für die 44-Stunden-Woche behandelt. Es waren sehr viele alte Genossen anwesend. Ich war damals einer der Jüngsten. In keiner Zeitung wurde dieser Parteitag als nicht repräsentativ angeklagt. Genau wie damals kommen die Gewerkschaften zu spät. Es ist nicht unsere Schuld, dass die Gewerkschaften zu wenig initiativ sind. In der BRD zum Beispiel werden die Arbeitnehmer mit 63 Jahren pensioniert, mit 40 Jahren erhalten sie 5 Wochen Ferien und seit einigen Jahren arbeiten sie nur noch 40 Stunden in der Woche. Wenn die Arbeitgeber nur wenig Verständnis für die 40-Stunden-Woche zeigen würden, so wäre schon längstens wenigstens 1 Stunde abgebaut worden. Ich möchte fragen: was hat vor einem Jahr der Arbeitgeberverband den Gewerkschaften versprochen? Ich möchte nur einmal bitten: «Reitet nicht immer gegen die Jungen, wenn diese etwas fordern.» Abschliessend möchte ich wünschen, dass vielleicht innerhalb der SP mehr Fachtagungen abgehalten würden. Aber hier sollten nicht nur Akademiker angehört werden, sondern vielmehr auch die Arbeiter ihre Meinung vorbringen dürfen. Diese

Fachtagungen hätten sich mit allen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu befassen.

Nicht gegeneinander, sondern miteinander sollte die Losung sein; aber das bedingt, dass einige vom Ross herunterkommen. *Alfred Iseli*

Antwort an zwei Kritiker

«Die Linken‘ werden konkret werden müssen, oder sie wird es konkret nicht mehr geben.»

(*Jochen Steffen* in «das da», Nr. 12, Dezember 1976)

Kritik an den in unserer Zeitschrift geäußerten Meinungen ist erwünscht. Nur eine Bitte sei mir gestattet: Kritik soll sich auf das beziehen, was in unserer Zeitschrift wirklich stand. Eine Diskussion ist wenig fruchtbar, wo verschiedene Gesichtspunkte miteinander vermischt werden.

René Broder und Alfred Iseli nehmen in holder Übereinstimmung Anstoss an meiner Auffassung, der am Parteitag in Montreux gefasste Beschluss betreffend Unterstützung der Poch-Initiative sei für das Parteivolk nicht repräsentativ gewesen. Diese These, so wird argumentiert, sei deshalb falsch, weil sich die Mehrheit der Delegierten aus «aktiven» Parteimitgliedern rekrutiert habe und schon deshalb den Anspruch erheben dürfe, für das Parteivolk repräsentativ zu sein. Da werden nun aber zwei Gesichtspunkte auf unzulässige Weise miteinander vermengt. In meinem Kommentar zum Parteitag 1976 habe ich mich mit keinem Wort zum Stellenwert dieser Mehrheit geäußert. Als ob ich noch nie im «Profil» notiert hätte, die schweigende Mehrheit sei im Unrecht! Aber das ist doch eine ganz andere Frage als diejenige, welche hier zur Debatte steht.

Repräsentativ heisst stellvertretend, darstellend. Ich war boshaft genug, den Volksentscheid, das heisst das Verdikt vom 5. Dezember, abzuwarten, um zurückzufragen: Sind meine Kritiker auch heute noch der Meinung, der Entscheid in Montreux sei für das Parteivolk repräsentativ gewesen? Wenn ja, so käme dies dem katastrophalen Eingeständnis gleich, unsere Partei sei nicht mehr repräsentativ für weiteste Kreise der Lohn- und Gehaltsabhängigen. Selbst die sonst chronisch sozialdemokratisch stimmenden Arbeiterkreise der Stadt Zürich verwarfen die Poch-Initiative mit unmissverständlicher Deutlichkeit, obwohl sie sonst in politischen Grundsatzfragen stets repräsentativ für die Parteiparolen der SP zu votieren pflegen. Und wie erklärt sich nun diese Ohrfeige? Weil die Werktätigen begriffen haben, was unsere beiden Kritiker offenbar noch immer nicht verstehen: Die Lohn- und Gehaltsabhängigen konnten sich nicht mit einer abstrakten Verfassungsbestimmung begnügen. Sie wollten *konkret* wissen, wie es mit dem Lohnausgleich bestellt sei. Auf diese konkrete Frage gab die Poch-Initiative – wie könnte es anders sein – keine Antwort. Nichts anderes habe ich in dem kritisierten Kommentar gesagt.